

## 37. ordentlicher Landtag.

### II. Kammer.

Fortsetzung der Sitzung vom 12. Dezember.

Abg. Schmidt-Freiberg (konf.):

Der Überweisung des Antrages v. Byern an die Finanzdeputation B stimmen wir zu.  
Wenn der Hr. Vertreter davon gesprochen hat, daß der Hr. v. Byern mit seinen Anschauungen einer Verlängerung des Krieges das Wort geredet hätte, so möchte ich dem ganz entschieden widersprechen. Ich möchte behaupten, daß gerade diejenigen sich der Verlängerung des Krieges schuldig machen, die mit transporthaft ausgeführter Feindeshandeln unehrenhaft nachlaufen. (Sehr richtig! rechts. Sehr unrichtig! links.)

Zur Frage der Frauennarbeit möchte ich bemerken, daß sogar die Arbeitermassen draußen im Lande sehr damit einverstanden sind, daß es heute Leute, die sich um die Arbeit drücken, nicht mehr geben darf, daß man solche Leute zur Arbeit heranziehen muß. (Sehr richtig! rechts.) Es hängt die Frage der Frauennarbeit sehr oft zusammen mit der Frage der Unterbringung. Bei Verteilung der Unterbringung an Kriegserkrankte findet keine einheitliche Beurteilung der Bedürftigkeit statt, die doch die Grundlage für die Unterbringung sein soll. (Sehr richtig! rechts.) Es werden Frauen in der einen Amtshauptmannschaft unterstützt, die das doppelte Einkommen haben von denen, die in der anderen Amtshauptmannschaft nicht unterstützt werden. (Sehr wahr!) Ich habe vor ungefähr zwei Wochen eine Anfrage an das Königl. Ministerium des Innern gerichtet. Ich bedauere, daß ich bis heute ohne Antwort auf diese Anfrage geblieben bin. (Hört, hört! rechts.) Nun ist weiter vielfach bemängelt worden, daß Hr. v. Byern gefordert hat, man möchte den Handel bei der Verteilung besonders der Pferde und der Rinder und dergleichen mehr, die aus dem Felde herinkommen, möglichst ausschalten. Sollte man, als man den Pferdebesitzern die Pferde nahm, diese Pferde durch den Handel auskaufen lassen, dann würden ganz andere Preise erzielt werden sein als bei der direkten Wegnahme durch die Gutsverwalter. Nun muß man auch dem das Wort reden, daß nun die Pferde von der Gutsverwaltung wieder an die vorigen Besitzer zurückkäufen und daß damit keine Spekulationen getrieben werden kann. Wenn die Landwirte mehr beurlaubt worden sind als die Angehörigen anderer Berufsstände aus dem Felde, der Gänge und den Gärten, so hat man es nicht getan, um den Landwirten einen besonderen Gefallen zu tun, sondern man hat es getan, weil es eine Notwendigkeit im Interesse der Volksernährung war. Wenn der Hr. Abg. Götter sich die Mühe gemacht hätte, sich einmal in unseren landwirtschaftlichen Betrieben umzusehen, würde er eine ganz andere Auffassung über die Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiter bekommen, als er sie jetzt hat.

Der Antrag Träder hat allenfalls eine sympathische Beurteilung gefunden, daß es sich erübrigt, etwas dazu zu sagen. (Bravo! rechts.)

Zum Antrag Götter möchte ich bemerken, daß wir sehr gern anderer Bevölkerung mehr Kartoffeln gewinnen würden, besonders der Armeren, wenn wir nicht befürchten müßten, daß eine derartige Maßnahme überhaupt undurchführbar ist, wenn wir nicht befürchten müßten, daß es zu Verschärfungen führen könnte, die wir weiter recht sehr bedauern müßten. Es ist gar nicht zu leugnen, daß unsere Kartoffelernte hinter den Ertrag vielerorts zu hoch gespannten Erwartungen doch etwas zurückgeblieben ist, und wenn der Hr. Abg. Lange diese Kartoffelernte auf 31% Mill. t bezifferte, so ist das durchaus nicht eine sehr günstige Ernte. Ich erinnere Sie daran, daß wir im Frieden mit einer Durchschnittsernte von 45 Mill. t rechnen. Deshalb haben wir es sehr nötig, sparsam zu sein. Besser ist vorgezogen, als hinterher bereut, daß man eine Zeitlang zuviel gegeben hat. Aus diesem Grunde halten wir es für etwas bedenklich, wenn man heute der Bevölkerung die Forderung macht, daß sie etwas mehr erhalten könnte, da es doch jedenfalls nicht durchzuführen ist. Wenn die Landwirte weniger Kartoffeln haben, als es sich angeben worden ist, so muß man ihnen den Vorwurf, sie haben sie irgendwie um die Ecke gebracht, verweigert oder dergleichen mehr. Sind aber dann mehr Kartoffeln da, als sich angegeben worden ist, ohne daß irgendein Verschulden vorliegt. Die Amtshauptmannschaft Rochlitz tut sich dabei besonders rühmend hervor. Es liegt kein böser Wille des Landwärters vor, wenn er sich verschätzt. Es ist sehr lobenswert, daß man einzelnen Landwirten daraus einen Vorwurf macht, was anderen Landwirten, die dann für die Behörden schämen gehen, auch passiert. (Abg. Götter: Kein Engel ist so rein!) Redner fährt ein Beispiel an, wonach sich ein Bauer um 30 Jtr. verschätzt hat, die Kommission aber um 80 Jtr. Man soll auch an die Gefahr denken, die darin liegt, daß in einzelnen Haushaltungen die vorhandenen Kartoffeln entweder nicht richtig aufbewahrt werden und so dem Verluste anheimfallen oder daß sie zu zeitig aufgezehrt werden. (Sehr richtig!) Wenn man weiter die Konzentration von Kartoffeln unmöglich macht, so liegt das durchaus nicht im Interesse der Allgemeinheit, so liegt das durchaus auch nicht im Interesse der Ernährung unserer ganzen Bevölkerung. So hat ein Landwirt den Antrag gestellt, daß er angelegene Kartoffeln, die vielleicht noch nicht ausgezehrt waren, die sich deshalb nicht lange halten konnten, für seine Wirtschaft trocken lassen dürfe. Das würde ihm verweigert. Wohin fährt das? Daß diese Kartoffeln zugrunde gehen! Die Anbaufläche ist sowohl in Deutschland, wie auch besonders in Sachsen, soweit die Kartoffeln in Betracht kommen, zurückgegangen. Wir würden weit besser dastehen, wenn man das Saatgut nicht so gering bemessen hätte. Ich warne davor, daß man dieses Jahr wieder zu ähnlichen Maßnahmen greift.

Nun zur besseren Futterversorgung. Aus Sachsen ist nicht mehr an Fett herauszuholen. Ich befürchte, daß auch der Bezug von Fett aus anderen Bundesstaaten und preussischen Provinzen kein allzu großer sein wird; ich befürchte, daß wir letzten Endes immer wieder auf das, was wir selbst her haben, angewiesen sein werden. Doch es kommt immer darauf an, daß alles erfährt wird. Auch in Bezug auf die Futterversorgung bestehen für die Zukunft große Schwierigkeiten. Wir leiden heute unter dem früher gemachten Fehler, Redner verweist auf den Schweinemord im Jahre 1915. Man hätte damals viel mehr Fett erzielen können, das dann auf irgendeine Art und Weise hätte konzentriert werden können. Letzten Endes ist die Fettnot darauf zurückzuführen, daß wir keinen genügenden Schutz für den Futtermittelanbau in Deutschland gehabt haben.

Der Landwirt hat in seiner Wirtschaft fast kein Verfügungsrecht mehr über das, was er geerntet hat. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn dadurch die landwirtschaftliche Erzeugung mehr und mehr zurückgehen sollte, wenn unsere Landwirte in den Zustand der Gleichgültigkeit kämen. Soll aber nun bei unseren Landwirten alles erfährt werden, so möchte man sein Augenmerk auch darauf richten, auch andererseits alles zu erfassen. Ich weise darauf hin, daß man in den Städten die Küchenabfälle vielfach noch in den Müllwagen wirft. Diese Sache ist noch nicht in die richtigen Bahnen gebracht worden.

Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß man auch dahin wirken möchte, daß die Vollmilch richtig verteilt wird. Mit dem Rollereisung möge man uns ja vom Halse bleiben. Ich will heute diese schönen Zettel, die Wochenzettel über den Milchtrag, nicht besonders kritisieren. Wir hören immer, wie notwendig es ist, mit dem Papier zu sparen. Auf der anderen Seite aber sehen wir, welche Papierverschwendung durch solche Einrichtungen hervorgerufen wird. Da darf man sich nicht wundern, wenn deswegen besondere Vorwürfe erhoben werden.

Die Interpellation Dr. Hänel ist überall mit Freude begrüßt worden; man hat allgemein eingesehen, daß es sehr im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung liegt, besonders der ärmeren Bevölkerung im Erzgebirge, daß hier Handel geschaffen wird und daß man vor allen Dingen die kleinen Einläufe nicht etwa ausschaltet. Wenn dabei der Hr. Regierungsvertreter heute gesagt hat, man solle darauf hinwirken, daß in den nächsten Jahren vielleicht noch eine größere Anbaufläche mit Wein bestet würde, so müssen unsere Landwirte dranhängen — und der Weinbau liegt ja in der Hand der kleinen Eigentümer — die Gewissheit haben, daß man nicht mit solchen Einschränkungen kommt, die ihnen die Lust am Anbau vollständig verleidet. Diese Erklärung möchte in irgendeiner Form einmal genehmigt werden. (Bravo! rechts.)

### Präsident:

Keine Herren! Es waren noch 8 Herren gemeldet und 3 sind noch da. Wir werden also heute nicht fertig werden, insoweit ich das vor, daß wir vielleicht bis 6 Uhr tagen und am Freitag die Debatte fortsetzen.

Die Kammer ist damit einverstanden.

Abg. Zeger (Unabh. Soz.):

Am Anfang der Rationierung der Kartoffeln in diesem Jahre ist ausdrücklich gesagt worden, daß nicht wie in den früheren Jahren eine so geringe Ration gegeben wird, sondern daß nach dem jetzigen Stande der Ernte es möglich sein werde, in diesem Jahre eine Ration von 10 Pfd. die Woche zu gewähren. Es ist ja wohl von der Bevölkerung nach den Erfahrungen der vorausgegangenen Jahre nicht bezweifelt worden, aber gleichwohl ist es der Bevölkerung verrietet worden. Man stellen aber die Dinge für die Bevölkerung in der Tat aufrecht. Die Lebensmittelknappheit ist sehr groß. Die Lebensmittelräte hätten allerdings Ursache, sich daran zu kümmern, wo sie noch irgendwelche Lebensmittel austreiben könnten, um die Rationen zu erhöhen. Es ist keine Frage, daß der Zwischhandel, der Schleichhandel, in einem umfangreichen Maße besteht. Es ist auch gar keine Frage, daß die Treibstoffe auf der Bahn und auf der Post einen Umfang angenommen haben, der einfach erschreckend ist und der natürlich mit juristischen Ansätzen ist auf die außerordentliche Knappheit an Lebensmitteln. Wie schlimm die Wirkung der Lebensmittelknappheit ist, das sollen Sie daran erkennen, daß man die Statistiken über die Verteilung und den Verbrauch nicht veröffentlicht. Wie schlimm es aber mit der Ernährung steht und wobei die Leute getrieben werden und welche Folgen dabei zutage treten, das sieht man ja auch an Vorlesungen, die vorgetragen sind für verpöchtigt habe. So ist im Sommer dieses Jahres vom Schöffengericht in Chemnitz ein Vorwerkbesitzer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Kamm erschossen hat, der beabsichtigt, auf seinem Gute Kartoffeln zu treiben. Es ist ein dieser Tage geschickelt, daß in der Dresdener Gegend hier Soldaten von Haus zu Haus gelarnt sind und sich Brot gebekelt haben, weil sie in der Kantine nicht genug bekommen. So wie es jetzt geht, geht es einfach nicht weiter. Darüber braucht sich die Regierung nicht im Zweifel zu sein.

Hr. v. Byern hat gemeint, er möchte nicht, daß aus jener Rede der Schluß gezogen werde, daß wir vor dem Frieden händeln. Nun, diese Rede braucht er in der Tat nicht zu haben; denn wer keine Rede gehört hat und kein außerpolitisches Programm gehört hat, wie die Regierung beim Friedensschluß versahen soll, der wird nicht im Zweifel sein, daß dieses Programm ansofort, den Krieg vertagend wäre.

### Präsident (unterbrechend):

Hr. Kollege, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir zur Ernährungsfrage sprechen. Wenn kritisiert so etwas geäußert worden ist, so habe ich das auch bei Ihnen zugelassen. Aber ich bitte Sie, sich auf die Kriegsziele jetzt nicht einzulassen.

Abg. Zeger (fortfahrend):

Es tut mir leid, aber ich muß mich mit den Ausführungen des Hrn. v. Byern beschäftigen.

### Präsident (unterbrechend):

Aber ich muß trotzdem bitten, daß Sie nicht einmischen über diese Sache werden.

Abg. Zeger (fortfahrend):

Ich werde meine Ausführungen auch beiläufig machen. Hr. v. Byern meinte, besonders die Herren in Berlin sollten, hat zu reden, schwächen. Dadurch diene man dem Frieden mehr. Ich sehe auf einem anderen Standpunkte. Das ist eine schöne Aufstellung von einem Politiker, den anderen Politikern vorzuschreiben, daß sie in dem Augenblicke schwächen sollten. (Zurufe.) Hr. v. Byern sagte weiter, wenn etwa ein Scheidemann-Friede käme, dann würde der Krieg noch lange dauern, dann würden also die Arbeiter den größten Schaden davon haben. Er möchte sich aber äußern, insoweit, denn mit der bloßen Behauptung ist gar nichts anzufangen. Ich glaube, daß die drei und ein halbes Jahr Krieg und die ununterbrochenen Beweise, wie Deutschland politisch und wirtschaftlich eingeschlagen ist, doch auch denjenigen schließlich das Verständnis eingepaukt hätten, daß wenn man mit anderen Völkern wieder in Handbegehrungen treten will, man sich nicht auf den Standpunkt der Bergvorkämpfer, sondern der Verhandlung stellen muß, und — das möchte ich ganz besonders ausgesprochen haben — die Arbeiter sehen also ihre Interessenwahrungen etwas anderes an als den Wiederaufbau der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft.

### Präsident (unterbrechend):

Hr. Abgeordneter, ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß wir nicht über Kriegsziele sprechen, sondern über die Ernährungsfragen. Wenn Sie nicht davon abgehen, muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Zeger (fortfahrend):

Ich kann nicht davon abgehen, ich muß das ausführlich sagen. Hr. v. Byern hat auseinandergelegt, daß in Zukunft — und das ist für mich mit das Wichtigste gewesen — das deutsche Volk auf diese Nahrungsmittel angewiesen sein werde, die in Deutschland erzeugt würden, und diese Nahrungsmittel würden auch für diese lange Zeit noch rationiert werden. Diesen Satz kann man nicht hoch genug jedem in Deutschland einprägen, denn hier kommt der agrarische Wunsch von der innerpolitischen Zukunft Deutschlands vollständig klar zum Ausdruck. Wie das aus Kriegsausbruch sollen wieder die Erzeugnisse der Industrie auf den Weltmarkt hinausgehen, aber es sollen keine Lebensmittel herinkommen, denn das würde den Gewinn der Land-

wirtschaft außerordentlich schädigen. Wer solchen Ideen nachhängt, den muß ich nur bedauern, der kennt nicht einmal Deutschland, geschweige denn das Ausland.

Die Sozialdemokratie war nie dagegen, der Landwirtschaft oder der Industrie Arbeitskräfte zuzuführen, aber etwas anderes ist es natürlich, in der Industrie wie in der Landwirtschaft die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Arbeiter als Menschen existieren können. Und das haben sie zum großen Teile nicht gekonnt. Wenn Hr. v. Byern sagte, daß die Demobilisierung so vor sich gehen müßte, daß erst einmal die Vorarbeiter, die Werkmeister und dann erst die Arbeiter entlassen werden sollen, so glaube ich nicht, daß sich die Arbeiterschaft dies gefallen lassen wird. Was mich auch ganz besonders an den Ausführungen des Hrn. v. Byern interessiert hat, war: Die Ratten bleiben gern hier. Wenn das der Fall wäre, Hr. v. Byern, dann wären die — ich will mich einmal so richtig ausdrücken — Zwangsgeleise nicht notwendig. Machen Sie sich gegenseitig nicht etwas betäufeltes vor, daß die Ratten gern in Deutschland bleiben wollen. Jetzt, wo ihnen in Russland doch eine ganz andere Zukunft blüht, sollen sie hier bei uns bleiben? Es ist ein seltsames Einverständnis zwischen den Nationalen und den Industrieunternehmern, daß es darauf ankommt, mit möglichst billigen Arbeitskräften in Zukunft wieder den Wirtschaftskampf zu schaffen. Die große und mittlere Landwirtschaft hat allerdings vier Jahre gehabt, und sie möchte es noch auf die sieben reichen Jahre bringen, deshalb die unüberholten Beschlüsse, die gemacht worden sind. Was den ganz realistischen Kern der Forderungen des Hrn. von Byern kennzeichnet, ist, daß die jungen Leute, die zum Militär kommen, nur in kleinen Garnisonen untergebracht werden dürfen und nicht in die Großstädte kommen. So zeigen sich die politischen wirtschaftlichen Ziele der Konservativen in einem Lichte, das dem deutschen Volke sehr unheimlich für eine Zukunft blüht. Abschaffung des deutschen Pfandes von den ausländischen Lebensmitteln, Beschäftigung billiger Arbeitskräfte, Aufhebung der Freizügigkeit. Das ist die Zukunft nach diesem großen Kriege. (Bravo! links.)

### Ernährungskommission des Abgeordneten Dr. Schmidt

(nach den stenographischen Niederschriften):

H. S.: Die Regierung hat bereits erklärt, daß sie sich über alle Fragen betreffs der Ernährungsfrage, die gestellt worden sind, in der Deputation näher einlassen wird. Der Gang der Verhandlungen läßt es aber angebracht erscheinen, bereits jetzt eine Erklärung wenigstens in der Kartoffelfrage zu geben, damit es in den Berichten, die heute hinausgehen, nicht heißt, daß auf die Fragen, die heute an die Regierung gestellt worden sind, keine Antwort erteilt worden sei.

Wenn der Antrag Götter bewegt, die Regierung zu veranlassen, beim Kriegsernährungsamt dahin vorzuschlagen zu werden, die Kartoffelration zu erhöhen, so ist er eigentlich hinsichtlich inwiefern, als die Regierung sich nachdrücklich bemüht hat zu erreichen, daß eine Kartoffelration von 10 Pfd. gegeben werde. Die Regierung hat sich aber überzeugt — und ich glaube, daß es gelingen wird, den Herren in der Deputation diese Überzeugung beizubringen —, daß es durchaus nicht veranwortet werden konnte, wenn man auf eine solche Ration zu läme. Es wird vorläufig wenigstens über nicht möglich sein, auch nur für eine gewisse Gruppe der Bevölkerung eine höhere Ration als 7 Pfd. zu geben.

Wenn der Vergleich mit dem Vorjahre gezogen und darauf hingewiesen worden ist, daß die Ernte an Kartoffeln in diesem Jahre wesentlich besser ausgefallen sei, so wird doch dabei übersehen, daß wir in diesem Jahre mehrere Winterwunderung in den Städten ganz wesentlich weiter gefördert haben, als es im vorigen Jahre möglich gewesen ist. Wir haben vorige Jahr nicht annähernd soviel Kartoffeln herausgeholt als in diesem. Das führt bei der Verforgungsgabe doch sehr erhebliches mit.

Ich glaube, daß wir in Sachsen mit unseren Zentnerkartoffelraten die wir ausgegeben haben, einen Erfolg aufzuweisen können. In der Tat haben wir aus den Bezirken sehr viel mehr Kartoffeln herausgeholt, als auf andere Weise möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Es ist richtig und ein Einwand, der sehr häufig gebracht worden ist, daß die Gefahr eines Überverkaufs an Kartoffeln durch Abgabe der Zentnerkarten geltend gemacht worden ist. Ich bitte, nicht zu vergessen, daß, wenn wir die Zentnerkartoffeln nicht gehabt hätten, wir weniger Kartoffeln in die Städte herangebracht hätten (Sehr richtig!), als es der Fall gewesen ist. Wenn von der Gefahr des Verderbens in den Kellern gesprochen wird, so kann ich versichern, daß die Nachprüfung, die wir bisher vorgenommen haben, durchgängig erwiesen hat, daß, wie es in einem Berichte heißt, die Reste ihre Kartoffeln wie einen Schatz hüten. (Sehr richtig!) und wohl wissen, was sie an den Kartoffeln haben.

Ich kann nach allem nur die Bitte ausprechen, keine übertriebenen Hoffnungen an den Gang der heutigen Verhandlungen und die weitere Aussprache in der Deputation zu knüpfen, sondern der Tatsache, vor der wir stehen, in die Augen zu sehen, daß es für uns nicht möglich ist, mehr Kartoffeln zu verteilen, als wir bisher getan haben, und zu glauben, daß die Regierung dieser Frage die allergrößte Aufmerksamkeit jetzt und in Zukunft zuwendet und in jeder Weise bestrebt ist, die Kartoffelversorgung auf das nach dem jetzigen Stande denkbar beste Maß zu bringen. (Bravo! rechts.)

### Abg. Krause (konf.):

Es ist heute von allen Seiten des Dankes anerkannt worden, daß 7 Pfund Kartoffeln als ungenügend bezeichnet werden müssen. Wenn dieser Gedanke für die allgemeine Bevölkerung richtig ist, dann ist er um so richtiger für die Kreise der Schwerarbeiter. Dann schreien auch die Bergarbeiter. Bis jetzt hat man diese immer mit wohlwollenden Erwägungen abgespeist, davon werden sie aber nicht satt. Mindestens 10 Pfund müssen die Bergarbeiter bekommen. Die Arbeiter leben in den Zeitungen, daß man in verschiedenen anderen Bezirken nicht nur die sieben Pfund Kartoffeln bekommt, sondern wiederholt aus Überfluß an Kartoffeln besondere erhöhte Rationen mit zur Verteilung gebracht hat. Es sind also tatsächlich Kartoffeln genug vorhanden. Die Bergarbeiter sind gezwungen, in der nächsten Zeit in Massen zu den Kantendeckeln greifen zu müssen, wenn sie die Arbeit nicht niederlegen wollen, was nach außen immer als etwas Unrechtes bezeichnet wird, weil sie so nicht mehr weiter arbeitsfähig und leistungsfähig bleiben können. Recht eigentlich muß es auch bedauern, daß verschiedene Behörden in Sachsen, darunter auch die Königl. Amtshauptmannschaft in Stollberg, versucht haben, der Arbeiterschaft gegenüber gewissenmaßen den Glauben zu erwecken, daß es Arbeitervorteile gäbe, besonders Gewerkschaftsvertreter, die mit der Rationierung von sieben Pfund einverstanden gewesen sein sollen. Ich halte es für meine Pflicht, weil die Gerüchte nicht verkommen wollen, hier öffentlich darauf aufmerksam zu machen, daß es keinen Arbeitervorteil, auch keinen Gewerkschaftsvorteil gegeben hat, der nach der Richtung derartige Ausführungen gemacht hat. Wenn alle Bemühungen nichts helfen, mehr Kartoffeln zu bekommen, so versucht man eben auf Umwegen, das zu erreichen, was einem auf geradem Wege nicht zuteil geworden ist. Durch eine solche die zwischenzeitlichen Verhältnisse verfehlende Bestimmung, wie sie eben in der Rationierung von 7 Pfund zum Aus-